

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: GG

Jarass / Pieroth

17. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-78378-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Jarass/Pieroth
Grundgesetz für die
Bundesrepublik Deutschland

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Kommentar

Bearbeitet von

Prof. Dr. Hans D. Jarass, LL.M.

Universität Münster

und **beck-shop.de**

Die FACHBUCHHANDLUNG

Prof. Dr. Martin Kment, LL.M.

Universität Augsburg

Begründet und bis zur 15. Auflage bearbeitet von
Prof. Dr. Hans D. Jarass, LL.M. und Prof. Dr. Bodo Pieroth

17. Auflage 2022



Zitiervorschlag:
Kment in Jarass/Pieroth GG § ... Rn. ...



www.beck.de

ISBN 978 3 406 78378 4

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 17. Auflage

Das Grundgesetz, also die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, beeinflusst in einer – zumal im internationalen Vergleich – bemerkenswerten Weise Rechtsordnung und Praxis in vielen Bereichen des öffentlichen sowie des privaten Rechts. Auslegung und Konkretisierung des Grundgesetzes stellen daher eine bedeutsame, aber schwierige Aufgabe dar, bei deren Bewältigung der vorliegende Kommentar helfen will. Er präsentiert in komprimierter Form die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der anderen obersten Bundesgerichte. Das Schrifttum wird nur begrenzt berücksichtigt; insoweit geht es vor allem darum, Kommentare und Handbücher zu erschließen. Im Übrigen sollen die vor jeder Vorschrift aufgeführten Literaturhinweise den Zugang eröffnen, auch wenn sie im Wesentlichen auf die Literatur seit 2007 beschränkt bleiben müssen (ältere Hinweise finden sich in den Vorauflagen).

Die Kommentierung folgt in der Regel der Linie der Rechtsprechung, was gelegentliche Kritik nicht ausschließt. Hauptsächliches Ziel ist es, das nicht selten unübersichtliche und manchmal widersprüchliche Rechtsprechungsmaterial in einsichtiger Weise zu gliedern und aufzubereiten. Noch mehr: Wissenschaft und Praxis befassen sich meist mit ausgewählten Problemen des Verfassungsrechts und entwickeln jeweils spezifische, vielfach divergierende Lösungen, selbst zu vergleichbaren Problemen. Die Folge ist eine drastische Zunahme der Komplexität des Verfassungsrechts. Das birgt die Gefahr, dass die Rechtsanwender die Vorgaben nicht mehr verarbeiten können und sie unberücksichtigt lassen. Daher geht es in diesem Kommentar darum, auf die vielen Parallelprobleme im Grundgesetz einheitliche oder doch miteinander vereinbare Antworten zu geben. Das erfordert auch eigene Vorschläge. Schließlich wird bei vergleichbaren Regelungen eine einheitliche Gliederung gewählt.

Der Kommentar wendet sich zum einen an alle, die in der Praxis mit Problemen des Grundgesetzes zu tun haben. Des Weiteren soll er Studenten und Referendaren eine Hilfe sein. Dabei kommt durchweg ein schulmäßiger und fallorientierter Aufbau zum Einsatz, der sich nicht nur im Bereich der Ausbildung als hilfreich erweist. Darüber hinaus wurden die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts auch insoweit sorgfältig ausgewertet, als sie über den Verfassungstext weit hinausgehen. So finden sich in den Erläuterungen zu Art.20 Ausführungen zur Auslegung von Gesetzen, zum Vorbehalt des Gesetzes, zum Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und zum Prozessrecht vor Zivil- und Strafgerichten. Behandelt werden schließlich die verfassungsgerichtlichen Verfahren unter Einbeziehung des BVerfGG.

Die Neuauflage berücksichtigt zunächst die seit der Vorauflage erfolgte Grundgesetzänderung vom 20.9.2020, die Art.104a und Art.143h betraf. Weiter hat das Bundesverfassungsgericht seit der letzten Auflage wiederum wichtige Entscheidungen getroffen, etwa zum selbstbestimmten Sterben, zum Datenaustausch zwischen Polizei und Nachrichtendienst, zur Europäi-

Vorwort

ischen Zentralbank, zum Äußerungsrecht von Bundesministern, zum Mieten-deckel, zum Telekommunikationsgesetz, zum Klimaschutz und zum Rundfunkbeitrag. Diese und die anderen zwischenzeitlich ergangenen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts wie der anderen Bundesgerichte wurden eingearbeitet. Auch sonst erfuhr die Kommentierung eine (im Vergleich zu den Vorauflagen) besonders weitreichende Überarbeitung, wurden Verbesserungen vorgenommen und Fehler beseitigt. Änderungen ergaben sich insb. bei den Artikeln, die 2020 in diesem Kommentar einen neuen Bearbeiter fanden. Zudem wurden an einer Vielzahl von Stellen (vertretbare) Kürzungen vorgenommen, auch um die Ausweitungen an anderen Stellen zu kompensieren. Schließlich wurde immer wieder die Systematik der Darstellung verbessert. Im Einzelnen ergaben sich erhebliche Änderungen insb. bei Art.2, Art.12, Art.16a, Art.20, Art.21, Art.23, Art.38, Art.62 und Art.79. Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem (veröffentlichten) Stand vom 1.1.2022.

Der verantwortliche Verfasser ist jeweils in der Fußzeile ausgewiesen. Anregungen, Kritik und Fehlerhinweise sind weiterhin sehr willkommen, sei es per E-Mail (jarass@uni-muenster.de und martin.kment@jura.uni-augsburg.de) oder auf dem Postweg (Prof. Dr. Hans D. Jarass, Forschung Öffentliches Recht und Europarecht, Baumhofstr. 37d, 44799 Bochum sowie Prof. Dr. Martin Kment, Universität Augsburg, Universitätsstr. 24, 86159 Augsburg).

Besonderen Dank verdient Frau Elisabeth Becker, LL.M. vom Beck-Verlag für die wertvolle Unterstützung. Ihr Einsatz war eindrucksvoll und sehr hilfreich.

Münster/Bochum, im Januar 2022

Hans D. Jarass

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung: Überschrift, Entstehung, Änderungen und Auslegung des GG	1
Präambel	11

I. Die Grundrechte

Vorbemerkungen vor Art. 1: Allgemeine Grundrechtslehren	15
Art.1 Würde des Menschen, Grundrechtsbindung	38
Art.2 Allg. Handlungsfreiheit, Allg. Persönlichkeitsrecht, Leben und körperl. Unversehrtheit, Freiheit der Person	63
Art.3 Gleichheit	115
Art.4 Glaubensfreiheit, Gewissensfreiheit, Kriegsdienst	173
Art.5 Kommunikationsfreiheiten sowie Kunst- und Wissen- schaftsfreiheit	195
Art.6 Ehe und Familie	256
Art.7 Schulwesen	289
Art.8 Versammlungsfreiheit	303
Art.9 Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit	314
Art.10 Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	335
Art.11 Freizügigkeit	346
Art.12 Berufsfreiheit	353
Art.12a Wehrdienst, Ersatzdienst u. a.	394
Art.13 Unverletzlichkeit der Wohnung	400
Art.14 Eigentumsgarantie und Erbrecht	416
Art.15 Überführung in Gemeinwirtschaft	457
Art.16 Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung	459
Art.16a Asylrecht	468
Art.17 Petitionsrecht	483
Art.17a Grundrechtseinschränkung zu Verteidigungszwecken	487
Art.18 Verwirkung von Grundrechten	489
Art.19 Grundrechtseinschränkung; Grundrechtsträger; Rechtsschutz	492

II. Der Bund und die Länder

Art.20 Verfassungsrechtliche Grundprinzipien; Widerstand	526
Art.20a Schutz natürlicher Lebensgrundlagen und Tierschutz	589
Art.21 Politische Parteien	598
Art.22 Hauptstadt und Bundesflagge	618
Art.23 Europäische Union	620
Art.24 Beitritt zu internationalen Einrichtungen	645
Art.25 Allgemeines Völkerrecht als Teil des Bundesrechts	655

Inhaltsverzeichnis

Art.26	Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker	663
Art.27	Handelsflotte	667
Art.28	Homogenität und kommunale Selbstverwaltung	668
Art.29	Neugliederung des Bundesgebiets	685
Art.30	Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	690
Art.31	Vorrang des Bundesrechts vor Landesrecht	695
Art.32	Bundes- und Landeskompitenzen bei auswärtigen Beziehungen.....	697
Art.33	Gleiche (staats)bürgerliche Rechte, Öffentlicher Dienst	704
Art.34	Haftung bei Amtspflichtverletzung	735
Art.35	Rechts- bzw. Amtshilfe und besondere Gefahrenlagen	747
Art.36	Personal der Bundesverwaltung	751
Art.37	Bundeszwang	752

III. Der Bundestag

Art.38	Bedeutung, Wahlrecht, Abgeordnetenstatus	755
Art.39	Wahlperiode und Einberufung der Sitzungen	776
Art.40	Bundestagspräsident und Geschäftsordnung	779
Art.41	Wahlprüfung und Mandatsprüfung	783
Art.42	Öffentlichkeit, Mehrheit, Berichterstattung	787
Art.43	Zitierungs-, Zutritts- und Rederecht	790
Art.44	Untersuchungsausschüsse	792
Art.45	EU-Ausschuss	798
Art.45a	Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für Verteidigung	799
Art.45b	Wehrbeauftragter	800
Art.45c	Petitionsausschuss	801
Art.45d	Parlamentarisches Kontrollgremium	802
Art.46	Indemnität und Immunität	803
Art.47	Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmeverbot	807
Art.48	Urlaubsanspruch, Behinderungsverbot, Entschädigungs- und Beförderungsanspruch	809
Art.49	(aufgehoben)	812

IV. Der Bundesrat

Art.50	Bedeutung und Aufgaben	813
Art.51	Mitgliedschaft und Stimmrecht	814
Art.52	Organisation, Europakammer, Verfahren	816
Art.53	Teilnahmerecht, Rederecht, Informationspflicht	819

IVa. Gemeinsamer Ausschuss

Art.53a	Organisation und Information	820
---------	------------------------------------	-----

V. Der Bundespräsident

Art.54	Bedeutung und Wahl durch die Bundesversammlung	822
Art.55	Inkompatibilitäten	825

Inhaltsverzeichnis

Art.56	Amtseid	826
Art.57	Stellvertretung	826
Art.58	Gegenzeichnung	827
Art.59	Zuständigkeit für die auswärtige Gewalt	829
Art.59a	(aufgehoben)	839
Art.60	Ernennungs- und Begnadigungsrecht; Immunität	839
Art.61	Anklage vor dem Bundesverfassungsgericht	841

VI. Die Bundesregierung

Art.62	Bedeutung, Zusammensetzung, Entscheidungsverfahren	843
Art.63	Wahl und Ernennung des Bundeskanzlers	845
Art.64	Ernennung und Entlassung der Bundesminister	847
Art.65	Kanzler-, Ressort- und Kollegialprinzip	849
Art.65a	Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte	851
Art.66	Inkompatibilitäten	852
Art.67	Misstrauensvotum	853
Art.68	Vertrauensfrage und Bundestagsauflösung	854
Art.69	Stellvertreter des Bundeskanzlers, Amtszeiten	855

VII. Die Gesetzgebung des Bundes

Art.70	Gesetzgebungskompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	858
Art.71	Ausschließliche Bundesgesetzgebung	867
Art.72	Konkurrierende Bundesgesetzgebung	869
Art.73	Gegenstände ausschließlicher Bundesgesetzgebung	882
Art.74	Gegenstände konkurrierender Bundesgesetzgebung	896
Art.74a	(aufgehoben)	926
Art.75	(aufgehoben)	927
Art.76	Einbringung von Gesetzesvorlagen	927
Art.77	Gesetzgebungsverfahren	932
Art.78	Zustandekommen der Gesetze	939
Art.79	Änderung des Grundgesetzes	940
Art.80	Erlass von Rechtsverordnungen	946
Art.80a	Spannungsfall u.ä.	959
Art.81	Gesetzgebungsnotstand	962
Art.82	Ausfertigung, Gegenzeichnung, Verkündung und Inkraft- treten von Bundesrecht	965

VIII. Die Ausführung der Bundesgesetze und die Bundesverwaltung

Art.83	Verwaltungskompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	970
Art.84	Landeseigenverwaltung	974
Art.85	Auftragsverwaltung	983
Art.86	Bundesverwaltung	987

Inhaltsverzeichnis

Art.87	Gegenstände der Bundesverwaltung	990
Art.87a	Streitkräfte	996
Art.87b	Bundeswehrverwaltung	1003
Art.87c	Kernenergieverwaltung	1005
Art.87d	Luftverkehrsverwaltung	1006
Art.87e	Eisenbahnverkehrsverwaltung	1007
Art.87f	Post- und Telekommunikationsverwaltung	1011
Art.88	Bundesbank	1015
Art.89	Bundeswasserstraßenverwaltung	1016
Art.90	Bundesstraßenverwaltung	1019
Art.91	Innerer Notstand	1023

VIIIa. Gemeinschaftsaufgaben, Verwaltungs- zusammenarbeit

Art.91a	Gemeinschaftsaufgaben	1025
Art.91b	Zusammenwirken durch Vereinbarungen	1027
Art.91c	Zusammenwirken bei informationstechnischen Systemen	1029
Art.91d	Zusammenwirken bei Leistungsvergleichen	1033
Art.91e	Zusammenwirken bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende	1034

IX. Die Rechtsprechung

Art.92	Gerichtsorganisation	1037
Art.93	Kompetenzen des Bundesverfassungsgerichts	1042
Art.94	Personelle Besetzung, Organisation und Verfahren des Bundesverfassungsgerichts	1088
Art.95	Oberste Gerichtshöfe des Bundes	1090
Art.96	Bundesgerichte	1092
Art.97	Unabhängigkeit der Richter	1094
Art.98	Rechtsstellung der Richter	1100
Art.99	Landesstreitigkeiten vor Bundesverfassungsgericht und obersten Gerichtshöfen des Bundes	1102
Art.100	Einholung verfassungsgerichtlicher Entscheidungen durch Gerichte	1103
Art.101	Recht auf den gesetzlichen Richter	1116
Art.102	Unzulässigkeit der Todesstrafe	1124
Art.103	Rechtlisches Gehör; Gesetzlichkeit der Strafe; Doppel- bestrafungsverbot	1125
Art.104	Formelle Voraussetzungen bei Freiheitsbeschränkungen	1158

X. Das Finanzwesen

Art.104a	Ausgaben- und Finanzhilfekompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	1170
Art.104b	Finanzhilfekompetenz des Bundes	1178

Inhaltsverzeichnis

Art.104c	Finanzhilfekompetenz des Bundes für Gemeinden	1182
Art.104d	Finanzhilfen für bedeutsame Investitionen der Länder im Bereich des sozialen Wohnungsbaus	1184
Art.105	Steuergesetzgebungskompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	1185
Art.106	Steuerertragsaufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden	1198
Art.106a	Personennahverkehrsausgleich	1208
Art.106b	Kraftfahrzeugsteuerausgleich	1209
Art.107	Horizontale Steuerertragsaufteilung und Finanzausgleich	1210
Art.108	Finanzverwaltung	1215
Art.109	Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern	1221
Art.109a	Stabilitätsrat	1230
Art.110	Haushaltplan und Haushaltsgesetz des Bundes	1233
Art.111	Nothaushaltsführung des Bundes	1239
Art.112	Über- und außerplamäßige Ausgaben des Bundes	1241
Art.113	Finanzwirksame Bundesgesetze	1243
Art.114	Rechnungsprüfung und Bundesrechnungshof	1245
Art.115	Kreditaufnahme des Bundes	1249

Xa. Verteidigungsfall

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Art.115a	Feststellung des Verteidigungsfalls	1255
Art.115b	Befehls- und Kommandogewalt über Streitkräfte	1258
Art.115c	Erweiterte Bundesgesetzgebungskompetenz	1259
Art.115d	Vereinfachtes Bundesgesetzgebungsverfahren	1260
Art.115e	Aufgaben des Gemeinsamen Ausschusses	1261
Art.115f	Erweiterte Befugnisse der Bundesregierung	1263
Art.115g	Stellung des Bundesverfassungsgerichts	1264
Art.115h	Wahlperioden und Amtszeiten	1264
Art.115i	Erweiterte Befugnisse der Landesregierungen	1265
Art.115k	Wirkung und Geltungsdauer des Notstandsrechts	1266
Art.115l	Aufhebung von Maßnahmen, Beendigung des Verteidigungsfalles	1268

XI. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art.116	Begriff des Deutschen; nationalsozialistische Ausbürgerung	1270
Art.117	Übergangsregelung zu Art.3 Abs.2 und Art.11	1277
Art.118	Neugliederung im Südwesten	1277
Art.118a	Neugliederung Berlin/Brandenburg	1278
Art.119	Flüchtlinge und Vertriebene	1278
Art.120	Kriegsfolge- und Sozialversicherungslasten u. a.	1279
Art.120a	Durchführung des Lastenausgleichs	1283
Art.121	Mehrheit des Bundestages und der Bundesversammlung	1284
Art.122	Überleitung der Gesetzgebung	1285

Inhaltsverzeichnis

Art.123	Fortgeltung vorkonstitutionellen Rechts	1286
Art.124	Fortgelten vorkonstitutionellen Rechts: Ausschließliche Gesetzgebung	1290
Art.125	Fortgelten vorkonstitutionellen Rechts: Konkurrierende Gesetzgebung	1291
Art.125a	Fortgelten von Recht nach Kompetenzverschiebung	1292
Art.125b	Übergangsregelung zu Rahmen-, Verfahrens- und Grundsteuerrecht	1297
Art.125c	Übergangsregelung zu Hochschulbau und Finanzhilfen	1300
Art.126	Streit über Fortgeltung als Bundesrecht	1302
Art.127	Recht des Vereinigten Wirtschaftsgebiets	1303
Art.128	Fortbestehen von Weisungsrechten	1304
Art.129	Fortgelten von Ermächtigungen	1304
Art.130	Überleitung von Verwaltungs- und Rechtsprechungseinrichtungen	1307
Art.131	Frühere Angehörige des Öffentlichen Dienstes	1309
Art.132	Ausschluss aus dem Öffentlichen Dienst	1310
Art.133	Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets	1311
Art.134	Überleitung des Reichsvermögens	1311
Art.135	Vermögensnachfolge bei Gebietsänderungen	1314
Art.135a	Alte Verbindlichkeiten	1315
Art.136	Übergangsregelungen für Bundesrat und Bundespräsident	1318
Art.137	Wählbarkeit von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes	1318
Art.138	Süddeutsches Notariat	1321
Art.139	Entnazifizierungsvorschriften	1322
Art.140	Übernahme von Glaubensbestimmungen der Weimarer Reichsverfassung	1322
Art.140/Art.136 WRV	Individuelle Glaubensfreiheit und -gleichheit	1323
Art.140/Art.137 WRV	Religions- sowie Weltanschauungsgemeinschaften	1326
Art.140/Art.138 WRV	Staatsleistungen und Eigentum der Religionsgesellschaften	1338
Art.140/Art.139 WRV	Sonn- und Feiertagsruhe	1340
Art.140/Art.141 WRV	Anstaltsseelsorge	1342
Art.141	Vorbehalt für Religionsunterricht	1342
Art.142	Landesgrundrechte	1343
Art.142a	(aufgehoben)	
Art.143	Abweichungen in neuen Bundesländern und Ost-Berlin	1345
Art.143a	Übergangsrecht für Bundesseisenbahnen	1349
Art.143b	Übergangsrecht im Postbereich	1350
Art.143c	Übergangsrecht für Bundesfinanzmittel	1352
Art.143d	Neues Haushaltrecht und Konsolidierungs- und Sanierungshilfen	1354

Inhaltsverzeichnis

Art.143e Übergangsrecht zu Bundesfernstraßen.....	1358
Art.143f Außerkraftrreten von Regelungen zu bundesstaatlichen Finanzbeziehungen	1359
Art.143g Übergangsrecht zu Steuerertragsaufteilung und Finanzausgleich.....	1360
Art.143h (außer Kraft)	1361
Art.144 Annahme des Grundgesetzes;Vorbehalte der Alliierten	1362
Art.145 Verkündung und Inkrafttreten des Grundgesetzes	1363
Art.146 Geltung und Geltungsdauer des Grundgesetzes	1364
Sachverzeichnis	1367

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG